

Der Baden-Württemberg-Check: So ist die Stimmung im Land



In Sachen Atomkraft dreht sich der Wind: 57 Prozent der Menschen im Südwesten sind laut dem neuesten Baden-Württemberg-Check des Allensbach Instituts für die Verlängerung der Laufzeit des Kernkraftwerks Neckarwestheim II. Es gehört zu insgesamt drei noch aktiven Atomkraftwerken in Deutschland. Foto: Norbert Försterling/dpa

Tempolimit? Nein. Atomkraft? Eher ja.

Ukraine-Krieg verschiebt bei den Bürgern im Land gerade die Prioritäten in Sachen Energie

Südwesten will Hilfe leisten

Zur Serie

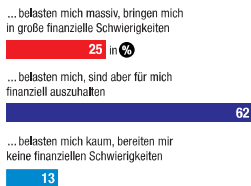
Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengesprochen. Die Meinungsforscher befragten mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im neunten Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die Stimmung im Land, um die steigenden Energiepreise und die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen.



Jeder Vierte gerät durch gestiegene Energiepreise in große finanzielle Schwierigkeiten

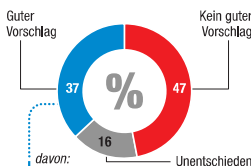
„Wie stark sind Sie derzeit von den gestiegenen Energiepreisen betroffen? Welcher der folgenden Punkte trifft am ehesten auf Sie zu?“

Die gestiegenen Energiepreise...

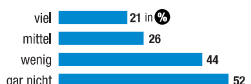


Nur mäßige Unterstützung für ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen

„Es gibt den Vorschlag, in der derzeitigen Situation vorübergehend ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen einzuführen. Finden Sie, das ist ein guter Vorschlag oder kein guter Vorschlag?“



Es fahren selbst mit dem Auto:



Weniger Steuern auf Kraftstoffe

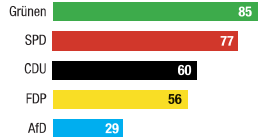
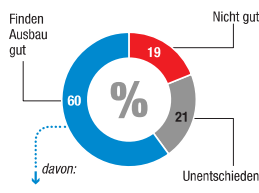
Vor allem die rapide gestiegenen Preise für Benzin und Diesel belasten die Bürger und sie haben eine sehr klare Vorstellung davon, was der Staat gegen die hohen Spritpreise unternehmen sollte: 69 Prozent fordern, dass die Steuern auf Kraftstoffe gesenkt werden. Der Vorschlag von Finanzminister Christian Lindner (FDP), den Bürgern beim Tanken direkt einen Zuschuss zu gewähren, findet in der baden-württembergischen Bevölkerung kaum Unterstützung; Nur 12 Prozent meinen, dass Tankrabatte sinnvoll sind.

Keine Mehrheit für ein Tempolimit

Aber die finanzielle Entlastung ist nur ein Aspekt. Die Politik sucht auch nach Möglichkeiten, wie der Energieverbrauch gesenkt werden kann. In diesem Zusammenhang wird über ein vorübergehendes Tempolimit von 100 Stundenkilometer auf Autobahnen diskutiert. Die meisten Baden-Württemberger bewerten diesen Vorschlag aber äußerst skeptisch: Lediglich 37

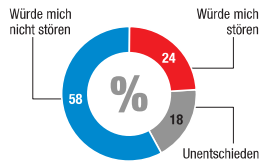
Große Unterstützung für raschen Ausbau der Windkraft

„Um die Energieversorgung in Deutschland noch stärker auf erneuerbare Energien umzustellen, soll zukünftig der Windkraftausbau rasch vorangetrieben werden. Finden Sie das alles in allem gut, oder finden Sie das nicht gut?“



Akzeptanz für Windräder in der unmittelbaren Nachbarschaft

„Wenn man bei Ihnen in der Nähe, dort wo Sie wohnen, ein Windrad aufstellen würde: Würde Sie das stören oder nicht stören?“



Frischer Wind für die Windenergie

Das steht nicht im Widerspruch zum raschen Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Im Gegenteil: Die Bevölkerung unterstützt alle Möglichkeiten, die zu einer Reduktion der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen führen können. 60 Prozent wollen, dass der Windkraftausbau rasch vorangetrieben wird. In dieser Frage sind sich die Anhänger nahezu aller Parteien einig; lediglich die Sympathisanten der AfD sind gegen den raschen Ausbau der Windkraft.

Aber was ist, wenn das Windrad vor der eigenen Haustür steht? Auch hier hat sich der Wind gedreht: Aktuell würde eine deutliche Mehrheit der Baden-Württemberger eine Windkraftanlage in der unmittelbaren Nachbarschaft akzeptieren. 58 Prozent würde es nicht weiter stören, wenn bei ihnen in der Nähe, dort wo sie wohnen, ein Windrad stünde. Knapp jeder Vierte würde sich gestört fühlen.

Begrenzte Einsparpotenziale des Staates

Die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, die Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine, die geplanten Entlastungspakete infolge der gestiegenen Energiepreise – das alles wird zu erheblichen Mehrausgaben des Staates führen. Folglich werden deshalb Bund und Länder die Ausgaben an anderer Stelle reduzieren müssen. Aber der Bevölkerung fällt es schwer zu sagen, wo der Rotstift angesetzt werden soll. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) meint, dass an den Ausgaben für Großprojekte gespart werden kann.

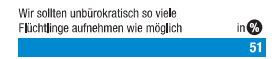
Die Hilfsbereitschaft den Ukraine-Flüchtlingen gegenüber ist im Südwesten sehr groß. Überhaupt herrscht eine ganz andere Stimmung als noch bei der Flüchtlingswelle 2015/16. Gut jeder Zweite Baden-Württemberger (51 Prozent) hält es im Moment für angebracht, dass Deutschland so viele geflohene Menschen aufnimmt wie möglich. 43 Prozent sprechen sich dafür aus, die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge zu begrenzen. Nur eine kleine Minderheit (6 Prozent) möchte, dass Deutschland möglichst wenig oder gar keine Flüchtlinge aus der Ukraine aufnimmt.

Die persönliche Bereitschaft und Offenheit, selbst einen oder mehrere Menschen aus der Ukraine bei sich aufzunehmen, scheidet oftmals an den räumlichen Gegebenheiten. Immerhin 12 Prozent geben an, die Möglichkeit zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in den eigenen vier Wänden zu haben. Die überwältigende Mehrheit aber erklärte, dies nicht zu können. Von denen, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung besitzen, wären immerhin 16 Prozent in der Lage, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, von denen, die zur Miete wohnen, sind es 7 Prozent.

Die grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich privat aufzunehmen, ist theoretisch aber ausgesprochen hoch: Unabhängig von ihren Möglichkeiten wären 44 Prozent der Baden-Württemberger dazu bereit. Nur jeder Dritte schließt dies kategorisch aus. Von denen, die angaben, die Möglichkeit zu haben, bei sich zu Hause einen oder mehrere Geflüchtete aufzunehmen, zeigen sich 68 Prozent offen dafür, auch tatsächlich Flüchtlinge in ihren eigenen Wohnräumen aufzunehmen. smk

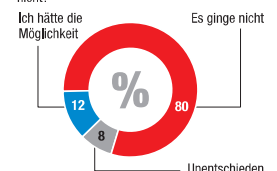
Mehrheit für unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine

„Wie sollte sich Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine verhalten?“



Nur wenige haben die Möglichkeit, selber Flüchtlinge aufzunehmen

„Hätten Sie grundsätzlich die Möglichkeit, bei sich zuhause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, oder ginge das bei Ihnen nicht?“



BNN-Infografik | Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Prozent halten ein Tempolimit für sinnvoll, fast jeder Zweite äußert Vorbehalte. Besonders wenig Unterstützung erfährt der Vorschlag bei denen, die regelmäßig mit ihrem Auto unterwegs sind: Von den Vielfahrern, die mehr als 20.000 Kilometer im Jahr mit dem Auto unterwegs sind, hält nur jeder Fünfte ein Tempolimit von 100 km/h in der derzeitigen Situation für einen guten Vorschlag. Die wenigsten versprechen sich von einer sparsameren Fahrweise tatsächlich große Einsparpotenziale. Dies zeigt ein

Blick auf die Maßnahmen, die die Bevölkerung ergriffen hat, um auf die gestiegenen Energiepreise zu reagieren. 54 Prozent versuchen sich aufgrund der gestiegenen Energiepreise generell stärker einzuschränken und ihr Leben sparsamer zu gestalten. 45 Prozent fahren weniger Auto, immerhin 34 Prozent auch spritsparender. Ähnlich viele versuchen den steigenden Energiepreisen zu begegnen, indem sie weniger heizen und die Raumtemperatur bei sich zu Hause senken – oder indem sie den Stromverbrauch

BNN-Infografik | Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre